

Niederschrift

über die Sitzung des Personal- und Geschäftsordnungsausschusses am Donnerstag,
dem 20.11.2014, im

Beginn: 19:52 Uhr

- öffentlicher Teil -

Ende: 20:57 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Herr Ratsherr Heinz Feja
Frau 1. stv. Bürgermeisterin Erika Hanke
Herr Ratsherr Andreas Jabs
Herr Ratsherr Heiner Looch
Frau Ratsfrau Brigitta Rosenow
Herr Ratsherr Harald Schöne
Frau Ratsfrau Tanja Sudbrink
Herr Ratsherr Jan Olof von Lübken

Protokollführer

Frau Darja Seemann

von der Verwaltung

Herr Stephan Dickel
Frau Bürgermeisterin Regina Neuke
Frau Jutta Zander

Zuhörer/in

Frau Ratsfrau Karin Baxmann
Herr Ratsherr Wolfgang Eymael
Herr Ratsherr Karl-Heinz Hagedstedt
Herr 2. stv. Bürgermeister Ewald Helmerichs Vertretung für Herrn Rohde
Herr Ratsherr Werner Niemeyer
Herr Ratsherr Wolf Rosenhagen
Herr Ratsherr Frank Schwarz

Abwesend:

Vorsitzende/r

Herr Ratsherr Meinrad-Maria Rohde

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung
 - a) der ordnungsgemäßen Einladung
 - b) der Beschlussfähigkeit
 - c) der Tagesordnung
- 2 Genehmigung der Niederschrift vom 03. Juli 2014
- 3 1. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat

Vorlage: FB I/160/2014

- 4 Satzung über die Entschädigung der Ratsfrauen und Ratsherren
Vorlage: FB I/161/2014
- 5 Anpassung der Satzung über die Entschädigung der Mitglieder der Feuerwehren
- Antrag der FDP-Fraktion vom 15.11.2014 Vorlage: FB III/165/2014
- 6 Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren
- 7 Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung

a) der ordnungsgemäßen Einladung

b) der Beschlussfähigkeit

c) der Tagesordnung

Die stv. Ausschussvorsitzende Rosenow eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wurde um einen Tagesordnungspunkt ergänzt. Im Tagesordnungspunkt 5 wird der Antrag der FDP-Fraktion vom 15.11.2014 vorgestellt. Es geht um die Satzung über die Entschädigung der Mitglieder der Feuerwehren. Die Ausschussmitglieder waren einstimmig dafür, dass die Tagesordnung ergänzt wird.

2 Genehmigung der Niederschrift vom 03. Juli 2014

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

3 1. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat Vorlage: FB I/160/2014

Fachbereichsleiterin Zander schilderte dem Rat den Sachverhalt zur 1. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat. Der Rat hat in seiner Sitzung vom 26.04.2012 die Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ratsausschüsse und die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften beschlossen. Aufgrund der Einführung des Ratsinformationssystems Session, sind aus datenschutzrechtlichen Gründen Anpassungen erforderlich, die der Anlage zu entnehmen sind. Darüber hinaus soll es zukünftig möglich sein, Protokolle bereits ohne Unterschrift der Ratsvorsitzenden an die Ratsmitglieder zu übersenden. Nach einer längeren Diskussion unter den Ausschussmitgliedern stellte Herr Schöne den Antrag zu § 18 Abs. 2 das Protokoll mit einem Datum zu versehen. Dieser Antrag wurde mit 4 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt. Ein weiterer Antrag durch Herrn Schöne wurde zu § 18 Abs. 3 Satz 1 gestellt. In dem Absatz wird das Wort „alsbald“ verwendet. Herr Schöne stellte den Antrag, dass das Protokoll innerhalb von 21 Tagen fertig gestellt werden soll. Dieser Antrag wurde mit 1 Ja-Stimme, 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung lautet: Die 1. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ratsausschüsse und die Ausschüsse

nach besonderen Rechtsvorschriften wird mit Wirkung vom 01.01.2015 beschlossen. Der Beschlussvorschlag wurde durch die Ausschussmitglieder mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
Nein:	/
Enthaltung:	1

4 Satzung über die Entschädigung der Ratsfrauen und Ratsherren Vorlage: FB I/161/2014

Fachbereichsleiterin Zander stellte dem Ausschuss den Gegenstand der Vorlage vor. Es geht um die Satzung über die Entschädigung der Ratsfrauen und Ratsherren. Die Satzung über die Entschädigung der Mitglieder des Rates und der nicht dem Rat angehörenden Mitglieder wurde zuletzt am 31.12.2007 durch die Vierte Änderungssatzung überarbeitet. Rechtsgrundlage war die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO). Die NGO wurde durch die Einführung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes abgelöst. Unter Berücksichtigung der Gesetzesänderungen sowie der Empfehlungen der Entschädigungskommission wurde die o.g. Satzung aktualisiert. Gleichzeitig wird u.a. vorgeschlagen, die Höhe des monatlichen Pauschalbetrages der Aufwandsentschädigungen zu erhöhen. Zur besseren Übersichtlichkeit sind die Änderungen kursiv markiert. Hinsichtlich der Einführung des Ratsinformationssystems Session wird darauf hingewiesen, dass der Landkreis Wesermarsch beabsichtigt, über einen Auslagenersatz zu beraten. Es wird voraussichtlich vorgeschlagen, den Ratsfrauen und Ratsherren, die an dem o.g. System teilnehmen und auf die Ausdrücke verzichten, einen monatlichen pauschalen Auslagenersatz von 10 € bis 15 € zu zahlen. Frau Zander erklärte den Ausschussmitgliedern die Änderungen. Es ergaben sich seitens des Ausschusses einige Nachfragen. Die anliegende Satzung der Gemeinde Lemwerder über die Entschädigung der Ratsfrauen, Ratsherren und der nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitgliedern wurde zur weiteren Beratung zurück in die Fraktion gegeben. Die Bündnis 90/ Die Grünen – Fraktion beantragt, dass der § 3 (6) erweitert wird um den Punkt Kinderbetreuung, § 4 würde dann entfallen oder alternativ, dass in § 4 die Höhe der Aufwendungen auf 10,00 € hochgesetzt wird. Fraktionsvorsitzende Rosenow erläuterte kurz den Antrag und stand für Rückfragen zur Verfügung. Die Ausschussmitglieder stimmten dem Antrag einstimmig zu, dass in § 4 die Höhe der Aufwendungen auf 10,00 € hochgesetzt wird. Die FDP-Fraktion stellte am 18.11.2014 einen Antrag zur Änderung der Entschädigungssatzung. In dem Antrag waren die Regelungen hinsichtlich des Ratsinformationssystem (RIS) und eine Pauschale für Fahrtkostenerstattung enthalten. Fraktionsvorsitzender Schöne erläuterte dem Ausschuss den Antrag. Hinsichtlich des RIS ergibt sich folgende Situation: Die Verwaltung stellt für Ratsvertreter, die nicht auf die Vorlage sämtlicher Unterlagen verzichten wollen, diese Unterlagen in Papierform weiterhin in gewohnter Form zur Verfügung. Dieser nicht unerhebliche Aufwand lässt sich mit dem jetzt bestehenden RIS reduzieren, indem sich der Ratsvertreter die Unterlagen aus dem RIS abruft. Durch den Ausdruck der Unterlagen stellt das für den Ratsvertreter lediglich eine teilweise Kostenverlagerung dar. Die Zahlung eines Auslagenersatzes ist da berechtigt. Die konsequente Handhabung des RIS stellt dem Verzicht auf dem Papier aufwändigen Ausdruck der Unterlagen dar. Dies erfordert aber gleichzeitig den Einsatz von entsprechender Hardware für die Ratsvertreter, damit dieser die Unterlagen digital in den Sitzungen zur Verfügung hat. Seitens der Gemeinde wären in diesem Fall für den Dienstgebrauch die Ratsvertreter entsprechend auszurüsten. Die FDP – Fraktion stellt den Antrag diese Veränderung in der täglichen Ratsarbeit als Ergänzung in die Entschädigungssatzung aufzunehmen. Nach

einer kurzen Beratung beschloss der Ausschuss den ersten Teil des Antrages zur weiteren Beratung zurück in die Fraktion zu geben. Im zweiten Teil des Antrages möchte die FDP – Fraktion für die Ratsvertreter, die zum Rathaus für die Wahrnehmung ihres Mandats eine Fahrstrecke von mehr als 4 Kilometer (einfache Fahrt) zurücklegen müssen, eine Fahrtkostenpauschale von 10,00 € gewähren. Nach einer kurzen Diskussion unter den Ausschussmitgliedern wurde der Antrag zur weiteren Beratung zurück in die Fraktion gegeben.

**5 Anpassung der Satzung über die Entschädigung der Mitglieder der Feuerwehren - Antrag der FDP-Fraktion vom 15.11.2014
Vorlage: FB III/165/2014**

Fraktionsvorsitzender Schöne erläuterte dem Ausschuss den Antrag der FDP-Fraktion vom 15.11.2014. Die FDP-Fraktion beantragt im Zuge der Änderung der Satzung über die Entschädigung der Ratsmitglieder sollte auch die Entschädigungssatzung für die ehrenamtlichen Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde geändert werden. Inhaltlich geht es um die Erhöhung der Aufwandentschädigung, die letztmalig in beiden Fällen im Jahre 2002 angepasst wurden. Die Ausschussmitglieder regten an, dass auch in dem Zuge die Satzung für die Rechtstellung der Gleichstellungsbeauftragten geändert werden kann. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung zurück in die Fraktion gegeben.

6 Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren

Keine.

7 Einwohnerfragestunde

Keine.

Vorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer